Beschluss

Niemand wird abgeklemmt

Gremium:	Lako
Beschlussdatum:	19.09.2026
Tagesordnungspunkt:	6 Antragsberatung

Antragstext

Strom und Wärme gehören zur Daseinsvorsorge. Wird der Zähler ausgebaut, fehlt einem Haushalt die Kühlung für Lebensmittel und Medikamente, und in vielen Wohnungen bleibt zusätzlich die Heizung kalt, weil Gasthermen ohne Strom nicht anspringen. Bundesweit werden jedes Jahr rund 200.000 Stromsperren vollzogen, ganz überwiegend wegen Rückständen im niedrigen dreistelligen Bereich. Wer diese Beträge nicht aufbringen kann, zahlt nach der Sperre zusätzlich Sperr- und Wiederinbetriebsetzungsentgelte und steht anschließend tiefer in der Kreide als vorher.

Daher fordern die Jusos Thüringen:

- Ein Ende der Strom- und Gassperren. Das Land soll im Bundesrat auf eine Änderung der Grundversorgungsverordnungen hinwirken, mit dem Ziel eines gesetzlichen Sperrverbots, mindestens jedoch eines Verbots während der Heizperiode sowie bei Haushalten mit Kindern, mit pflegebedürftigen Angehörigen oder mit einem Anspruch auf existenzsichernde Leistungen.

- Die Einrichtung eines Thüringer Energiehärtefallfonds bei den Verbraucherinsolvenzstellen, aus dem Zahlungsrückstände abgewendet und Ratenvereinbarungen abgesichert werden. Die Beratungsstellen sollen zusätzliche Stellen erhalten, ihre Förderung wird verstetigt und aus der jährlichen Neuverhandlung herausgenommen. Vorlage für die Einführung ist der Härtefallfonds aus dem Jahr 2023, der zur Abfederung der gestiegenen Energiekosten geschaffen wurde.

- Landesweite Verstetigung des Stromspar-Checks in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände, einschließlich des Austauschs ineffizienter Altgeräte über eine Weiße-Ware-Förderung mit Zuschüssen von mindestens 200 Euro.

- Eine verpflichtende Sozialberatung vor jeder Sperrung. Versorger sollen angekündigte Sperrungen mit Einwilligung der Betroffenen an die kommunalen Sozial- und Energieberatungsstellen melden, damit Hilfe greift, bevor der Zähler ausgebaut wird.

- Unterstützung der Forderung nach einem bundesweiten Klimageld als pauschale Pro-Kopf-Rückerstattung der Einnahmen aus der CO2-Bepreisung. Ohne diesen Ausgleich ist der ab 2027 wirkende europäische Emissionshandel für Gebäude und Verkehr sozial nicht zu rechtfertigen. Thüringen soll dazu eine Initiative in den Bundesrat einbringen.

Antragsbegründung

Erfolgt mündlich